

Sarah Seeger und Valentin Kreilinger

Europawahl 2009: Erwartungen – Programme – Visionen

Zwischen 4. und 7. Juni 2009 sind fast eine halbe Milliarde Unionsbürgerinnen und -bürger dazu aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Doch auch 30 Jahre nach der ersten Direktwahl hat sich das Europäische Parlament nicht als politischer Bezugspunkt der Bürger etabliert. Seit 1979 sinkt die Wahlbeteiligung kontinuierlich, 2004 gingen durchschnittlich nur 45,6 Prozent der EU-Bürger zur Wahl. Die Debatte um das Demokratiedefizit der Europäischen Union nimmt gerade an diesem Punkt immer wieder Anstoß.

Die geringe Wahlbeteiligung hängt zum einen damit zusammen, dass die Bürger mit ihrem Votum nicht wie auf nationaler Ebene unmittelbar über eine Regierung entscheiden können. Der Präsident der Europäischen Kommission wird vom Europäischen Rat und nicht vom Europäischen Parlament benannt. Ein Wettbewerb um „Köpfe“ findet im Wahlkampf zur Europawahl bislang kaum statt. Zusammen mit der Tatsache, dass die großen Fraktionen des Europäischen Parlaments oftmals als große Koalition agieren, ist dies der Grund für die nach wie vor nur schwach ausgeprägten politisierten Konfliktlinien zwischen den einzelnen Fraktionen. Für die Bürger ist nur schwer nachvollziehbar, welche Partei für welche Position steht.

Mangelnde Politisierung

Zum anderen stimmen die Bürger nach wie vor überwiegend über nationale und nicht über europäische Themen ab und nutzen die Europawahl oftmals als „Denkzettelwahl“ für die Abstrafung nationaler Politik. Europäische Themen spielten dabei bislang eine Nebenrolle. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die europäischen Parteien nur schwach ausgebildet und demzufolge der Wahlkampf der einzelnen Parteien nicht gesamteuropäisch, sondern eher national geführt wird – mit nationalen Themen und nationalen Kandidaten, sprich nationalen Kampagnen. Das an nationalen Kategorien orientierte Wahlverhalten der Bürger und die nationalen Kampagnen der Parteien bedingen sich damit wechselseitig.

Europawahlen als nationale Nebenwahlen

Im Folgenden werden diese Ergebnisse und Zusammenhänge unter Bezugnahme auf die Ergebnisse des [Eurobarometers 299](#) und auf die Wahlprogramme der im Europäischen Parlament vertretenen Parteien und Fraktionen sowie die Programme neuer politischer Bewegungen, die ebenfalls zur Europawahl 2009 antreten werden, mit Blick auf die kommende Europawahl untersucht. Welche Erwartungen verbinden die Bürger mit der Wahl? Welche Fragestellungen greifen die einzelnen Parteien, Fraktionen und Bewegungen in ihren Wahlkampagnen auf? Welche Konfliktlinien sind dabei zu erwarten? Decken sich die Erwartungen der Bürger mit den Wahlprogrammen? Und schließlich: Was bedeutet dies für die aktuelle Lage der Europäischen Union?

Die Erwartungen der Bürger an die Europawahl 2009

Kenntnisstand und
Interesse: gering

Nur sehr wenige Unionsbürger wissen, wann die Europawahlen stattfinden werden. Drei Viertel der Befragten gaben in der Eurobarometer-Umfrage an, nichts über den Termin der kommenden Europawahl zu wissen. Da jedoch der Wahlkampf noch nicht begonnen hat, darf der geringe Wert von vier Prozent der Befragten, die das richtige Jahr und den richtigen Monat benennen konnten, nicht überbewertet werden. Dieser wird vermutlich im Laufe des ersten Halbjahres 2009 mit einer verstärkten Wahlkampfführung der Parteien zunehmen.

Beim Interesse an den Europawahlen zeigen sich große regionale Unterschiede. Einerseits sind über 60 Prozent der Befragten in Rumänien, auf Malta, in Irland und auf Zypern an den Wahlen interessiert. Andererseits bekunden über 70 Prozent der Letten und Tschechen, kein Interesse zu haben. In vielen neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas ist eine absolute Mehrheit der Befragten desinteressiert. Durchschnittlich ist rund die Hälfte der Unionsbürger nicht an den Wahlen interessiert. Dies könnte sich wie bereits in der Vergangenheit auf die Wahlbeteiligung stärker beziehungsweise negativer auswirken als die fehlende Kenntnis des genauen Wahltermins.

Wenn rund jeder siebte Befragte angibt, auf keinen Fall zur Wahl gehen zu wollen und nur 30 Prozent der EU-Bürger erklären, auf jeden Fall zu wählen, gewinnen die Gründe für eine (mögliche) Nicht-Wahl große Bedeutung: 68 Prozent der Befragten geben an, die eigene Stimme werde nichts ändern. Damit wird zum einen zum Ausdruck gebracht, dass das Europäische Parlament zumindest formal noch nicht über die Einsetzung einer Regierung entscheiden kann. Zum anderen zeigt diese Aussage, dass das Europäische Parlament trotz seines realen Kompetenzzuwachses in zahlreichen Politikfeldern von den Bürgern immer noch als schwache Institution wahrgenommen wird.

60 Prozent der Befragten sagen, sie besäßen nicht genug eigenes Wissen über die Rolle des Europaparlaments, 59 Prozent haben allgemein kein Interesse an Europawahlen, 58 Prozent fühlen sich nicht gut genug informiert, um wählen zu gehen. Dies verdeutlicht, dass die Vermittlung der Rolle des Europäischen Parlaments über Parteien, Medien oder andere intermediäre Strukturen in einer breiten Öffentlichkeit bislang nicht ausreichend erfolgt ist.

Schließlich meinen 57 Prozent, das Europaparlament kümmere sich nicht genug um Probleme, 53 Prozent fühlen sich zudem von den Abgeordneten nicht ausreichend vertreten. Hier zeigt sich die bislang nur schwach ausgeprägte Öffentlichkeitsfunktion des Europäischen Parlaments. Die einzelnen Abgeordneten sowie die Parteien haben es noch nicht geschafft, eine Beziehung zu ihren Wählern aufzubauen, wie dies im nationalen Rahmen der Fall ist. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Abgeordneten aufgrund des Arbeitszuwachses, der mit der Ausdehnung ihrer Kompetenzen und den damit verbundenen Abstimmungsprozessen mit dem Rat und der Kommission einherging, nur wenig freie Kapazitäten für die Kommunikation mit den Bürgern zur Verfügung haben.

Anforderungsprofil
an Kandidaten

Als wichtigste Kriterien für die Wahlentscheidung bei der Europawahl nennen 40 Prozent der Befragten die Erfahrung der Kandidaten in europäischen Angelegenheiten, 37 Prozent ihre Position zu nationalen Fragen, 36 Prozent ihre Position zu europäischen Fragen. 30 Prozent verweisen auf die Persönlichkeit der Kandidaten,

30 Prozent auf die Position der Parteien der Kandidaten zu europäischen Fragen und 29 Prozent auf die Erfahrung der Kandidaten auf nationaler Ebene. Bei Bürgern aus fünf der sechs Gründungsstaaten rangieren europäische Themen höher als nationale Themen, in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sind nationale Fragen das wichtigere Kriterium. Die These, wonach auch 30 Jahre nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments die Europawahlen lediglich nationale Nebewahlen sind, wird damit lediglich teilweise bestätigt. Europäische Themen sind in ihrer Bedeutung gegenüber nationalen Themen nicht unwichtiger oder nebenrangig – allerdings haben nationale Fragen eben immerhin noch gleich viel Einfluss wie europäische Fragen, diese allein sind nicht wahlentscheidend.

Die Erwartungen der Wähler an die in der Wahlkampagne behandelten Themen besitzen laut der Eurobarometer-Umfrage eine klare Rangordnung: Wirtschaftliche Themen stehen an erster Stelle, Themen der inneren und äußeren Sicherheit sowie globale Fragestellungen an zweiter Stelle und erst an dritter Stelle kommen Themen mit Bezug zur EU. Durch die Verschärfung der Finanzkrise seit Durchführung der Umfrage dürfte sich diese Prioritätensetzung noch weiter in Richtung Wirtschaft verschoben haben. So prognostizierte der Internationale Währungsfonds im November 2008 eine weltweite Rezession, bei der alle großen Industrieländer im kommenden Jahr mit einem schrumpfenden Bruttoinlandsprodukt rechnen müssten.

Sachthemen erwartet

Das Thema Arbeitslosigkeit liegt mit 47 Prozent an der Spitze, das Thema Wirtschaftswachstum folgt mit 45 Prozent. Für 41 Prozent der Europäer ist „Inflation und Kaufkraft“ ein wichtiges Thema. Grundsätzlich messen Befragte aus EU-Ländern dem Thema eine deutlich höhere Bedeutung zu als Befragte aus EU-Mitgliedsstaaten, die der Währungsunion (noch) nicht beigetreten sind, obwohl die Inflationsraten etwa gleich hoch sind.

Beachtenswert ist die Tatsache, dass Themen mit klarem Bezug zur EU, wie etwa „die Rolle der EU auf dem internationalen Parkett“ (15 Prozent), „die Befugnisse und Kompetenzen der Europäischen Institutionen“, „Europäische Werte und Identität“ sowie „die Bewahrung des Europäischen Sozialmodells“ (je 12 Prozent), nur von wenigen Befragten als Wahlkampfthemen gewünscht werden. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die EU als „normales“ politisches System gesehen wird, das sich um ähnliche Probleme kümmern sollte wie nationale politische Systeme. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass immerhin mehr als zehn Prozent der Befragten den Themen mit spezifischem Europabezug Bedeutung beimessen. Die Umfrageergebnisse des Eurobarometers sagen jedoch nichts darüber aus, wie diese Themen bewertet werden. Angesichts des zunehmenden Euroskeptizismus in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten kann zumindest vermutet werden, dass diese Fragen zwar gerne als Wahlkampfthemen gewünscht sind – aber möglicherweise in Form von Kritik am Prozess der europäischen Integration und nicht als Zustimmung dazu.

Die Wahlstrategien der europäischen Parteien und Fraktionen

Ob sich die Erwartungen der Unionsbürger in den Wahlkampfstrategien der europäischen Parteien beziehungsweise der im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen sowie neuer politischer Bewegungen widerspiegeln, soll im Folgenden untersucht werden. Der Fokus liegt dabei auf der thematischen Ausrichtung der Programme, der Aufstellung von Spitzenkandidaten sowie der Form der Kampagne, das heißt auf der Frage, ob die verschiedenen Parteien und Fraktionen

europaweit einheitlich auftreten oder aber den Wahlkampf den nationalen Mitgliedsparteien überlassen.

EVP: Vages Programm,
klarer Kandidat

Ihr Wahlprogramm wird die EVP, die Europäische Volkspartei, erst auf dem Parteikongress in Warschau im April 2009 verabschieden. Dennoch lassen sich aus den Prioritäten der Fraktion der EVP-ED für 2008/09 Rückschlüsse auf mögliche Themen für den Wahlkampf ziehen. Die EVP-ED gruppiert ihre Ziele, die „Zehn Punkte“, um vier Prioritäten: Werte, Wachstum, Sicherheit und Solidarität. Aufgrund inhaltlicher Differenzen zwischen den 74 Mitgliedsparteien wird es für die EVP jedoch schwierig, ihre Prioritäten zu konkretisieren und einen gemeinsamen Wahlkampf auf die Beine zu stellen. So gibt es bereits unter den beiden deutschen Mitgliedsparteien der EVP, der CDU und der CSU, keinen Konsens darüber, ob die Frage des Türkeibeitritts thematisiert werden sollte. Während die CSU dies erwägt, ist die CDU deutlich zurückhaltender.

Klar ist allerdings, wer im Falle eines Wahlsiegs der Konservativen das Amt des Kommissionspräsidenten bekleiden soll. Informell einigten sich die Vorsitzenden der Mitte-Rechts-Parteien bereits darauf, eine zweite Amtszeit des derzeitigen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zu unterstützen. Auch wenn das Europäische Parlament auf der Grundlage des geltenden Vertrags den Kommissionspräsidenten nicht wählen darf, so können mit einer Entscheidung der verschiedenen Parteien für einen Spitzenkandidaten zumindest die Weichen für die Besetzung des Amtes des „EU-Regierungschefs“ gestellt werden.

SPE: Klares Programm,
vager Kandidat

Das Wahlprogramm der SPE, der Sozialdemokratischen Partei Europas, wurde am 1. Dezember 2008 auf der Konferenz des Parteirates in Madrid verabschiedet. Mit dem Titel „People first. A new direction for Europe“ ruft es zu einem grundlegenden Wandel auf und fordert ein auf sozialdemokratischen Werten und Prinzipien basierendes „neues Modell“ für Europa. Zur Wiederbelebung der Parteibasis wurde eine öffentliche Konsultation durchgeführt, die zwischen Oktober 2007 und Juli 2008 Eckpunkte des Programms diskutierte. Damit folgt die SPE einem generellen Trend auf europäischer Ebene, auf alternative Formen der Partizipation zu setzen.

Die ersten drei der insgesamt sechs Kapitel des Programms behandeln die Wirtschafts- und Finanzkrise, Sozialpolitik und Klimaschutz. Es wird das Ziel genannt, bis 2020 zehn Millionen neue „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen. Sozialdemokraten in der ganzen EU sehen sich durch die Finanzkrise in ihren Forderungen nach einer besseren Regulierung der Finanzmärkte bestärkt. Die Bürger hätten die Wahl zwischen einem „progressiven Europa“, das sich der Sorgen und Nöte der Bürger annehme, und einem „konservativen Europa“, das den Kräften des Marktes freies Spiel lasse. Die Wahlkampfstrategie ist bereits festgelegt: Alle in der SPE zusammengeschlossenen nationalen Parteien wollen bei den Wahlen im Juni mit gemeinsamen Wahlslogans und den gleichen Botschaften zu den vereinbarten Zielen antreten.

Auf ihrer Konferenz ernannten die Delegierten der SPE keinen Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten. Dies führte zu Spekulationen, die SPE unterstütze eine zweite Amtszeit von Kommissionspräsident José Manuel Barroso. SPE-Vorsitzender Poul Nyrup Rasmussen deutete aber an, dass diese Frage bei einem Treffen der Parteispitze im Februar 2009 zur Sprache kommen werde.

Die EGP, die Europäische Grüne Partei, wird ihr Wahlprogramm erst im März 2009 endgültig festlegen. Kürzlich verabschiedete Dokumente, wie etwa die auf der EGP-Konferenz vom 9.-12. Oktober 2008 veröffentlichte Resolution „**Putting capitalism on a green leash**“, lassen jedoch die Konturen des Wahlprogramms erahnen. Diese umfassen die grünen Kernthemen Umwelt und Klimaschutz, aber auch Lösungsvorschläge für die Finanz- und Wirtschaftskrise. Zwischen den einzelnen grünen Parteien Europas bestehen jedoch deutliche Unterschiede, sodass eine Einigung auf ein gemeinsames Programm von zahlreichen Debatten begleitet sein dürfte. Dennoch möchte die EGP mit einer einheitlichen europäischen Wahlkampfstrategie antreten und gemeinsame Veranstaltungen der nationalen Mitgliedsparteien durchführen.

EGP: Europäische Programmatik trotz nationaler Unterschiede

Die ELDR, die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei, hat auf einem Kongress am 30./31. Oktober 2008 in Stockholm ihr **Wahlprogramm** verabschiedet, das 15 Punkte umfasst. Diese können in vier Schwerpunkte zusammengefasst werden: Bürgerrechtsthemen stehen an erster Stelle, danach folgen Binnenmarkt, Wachstum und Beschäftigung, an dritter Position Umwelt- und Energiepolitik. Der vierte Punkt umfasst Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Zudem plädiert die ELDR dafür, den Vertrag von Lissabon rasch zu ratifizieren.

ELDR: Bewährte liberale Positionen

Die EL, die Europäische Linke, nahm ihr gemeinsames **Wahlprogramm** im November 2008 in Berlin an. Die zentralen Forderungen der Linken seien, so der EL-Vorsitzende Lothar Bisky, Frieden, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Ökologie und Solidarität. Doch auch die EL ist intern äußerst heterogen, sodass die Interpretation des Wahlprogramms von Land zu Land unterschiedlich sein dürfte. Einen früheren Entwurf des Programms lehnte eine deutliche Mehrheit der deutschen Mitgliedspartei der EL, Die Linke, als zu europafreundlich ab.

EL: Die Linke als Bremser

Die IND/DEM, die Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie, besteht aus EU-Kritikern und Euroskeptikern. Dies spiegelt sich auch in ihrem grundsätzlichen **Programm** wider: Die Ablehnung der EU ist die Schnittmenge der heterogenen Mitgliedsparteien. In den nächsten fünf Jahren will die Fraktion die weitere „Kontrolle“ durch die EU ohne Zustimmung der nationalen Bevölkerungen verhindern, so IND/DEM-Co-Präsident Nigel Farage. Damit bezieht die Fraktion klar Stellung gegen den Prozess der europäischen Integration.

IND/DEM und UEN: Deutliche euro- bzw. integrations-skeptische Positionierung

Priorität bei der UEN, der Fraktion **Union für das Europa der Nationen**, hat die Verteidigung der kulturellen Werte der souveränen Nationalstaaten. Mit dieser Agenda positioniert sich die UEN deutlich rechts- bzw. nationalkonservativ, was sich auch an ihren Mitgliedsparteien ablesen lässt. Eine europäische Kampagne für die kommende Wahl wird es nicht geben, die Kampagnen der Mitgliedsparteien werden auf nationaler Ebene organisiert.

Nach dem Auseinanderbrechen der aus extremen Rechtsparteien bestehenden Fraktion Identität – Tradition – Souveränität (ITS) im November 2007 planen verschiedene Parteien wie die österreichische FPÖ, die französische Front National sowie der belgische Vlaams Belang die Schaffung einer neuen „**Europäischen patriotischen Partei**“. Wie das Auseinanderbrechen der ITS zeigte, ist eine Abstimmung zwischen den verschiedenen nationalistischen und rechtsextremen Parteien jedoch äußerst schwierig. Die für November angekündigte Gründung der neuen Partei erfolgte bislang nicht. Nötig wären dafür mindestens sieben Parteien aus sieben verschiedenen EU-Ländern.

EU ja – aber anders?

Neben den im Europäischen Parlament bereits vertretenen Parteien und Fraktionen werden bei der kommenden Europawahl möglicherweise zwei Bewegungen antreten, deren Gründung einen klaren Bezug zur Europäischen Union hat. Zum einen treten die Newropeans als erste transnationale politische Bewegung in der EU mit 16 Vorschlägen an, „um die Europäische Union zu demokratisieren und auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten“. Damit steht die Beseitigung des EU-Demokratiedefizits im Zentrum des Wahlprogramms, klassische Sachthemen spielen eine untergeordnete Rolle. So soll die EU auf demokratischer Basis neubegründet werden, effizienter arbeiten und auch das Europaparlament grundlegend reformiert werden. Auf der Grundlage eines einheitlichen Programms werden die Newropeans als erste Partei mit einer einheitlichen Kandidatenliste zur Wahl antreten.

Daneben plant Declan Ganley, der Vorsitzende der Bewegung *Libertas*, die maßgeblich am irischen „Nein“ zum Vertrag von Lissabon im Juni 2008 beteiligt war, bei den Wahlen zum Europäischen Parlament anzutreten. Er möchte 70 Sitze in Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich, Spanien und Dänemark gewinnen. Unterstützung könnte Ganley von Seiten des tschechischen Präsidenten Vaclav Havel erhalten, der wiederholt starke Sympathien für *Libertas* bekundet hat und sich und Ganley medienwirksam als „EU-Dissidenten“ bezeichnete. Angesichts der Tatsache, dass die Tschechische Republik am 1. Januar 2009 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, birgt dies eine besondere Brisanz.

Prognosen für den Europawahlkampf 2009

Welche Konfliktlinien?

Zwischen den meisten zur Wahl antretenden Parteien und Fraktionen zeigt sich auf Basis der Auswertungen der Programme und programmatischen Eckpunkte eine aus der nationalen Arena bekannte rechts/links-Konfliktlinie. Die konservativ-christdemokratische EVP-ED spricht sich „Für ein Europa der Werte“ und „Für ein sichereres Europa“ aus. Demgegenüber entwerfen die Sozialdemokraten „Eine neue Richtung für Europa“ und machen dabei klassische sozialdemokratische Positionen zum Wahlkampfthema. Die Grünen thematisieren die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Die ELDR vertritt bewährte liberale Themen.

Die anderen Parteien und Fraktionen sowie Zusammenschlüsse, die bei den Wahlen antreten möchten, sind teilweise ebenfalls an der Konfliktlinie zwischen den beiden politischen Lagern orientiert, teilweise überwiegt jedoch die Konfliktlinie zwischen pro-/anti-europäischen Kräften. Die EL vereint ein breites linkes, auch euroskeptisches Spektrum, orientiert sich aber an sachpolitischen Themen. Die IND / DEM ist eindeutig anti-europäisch ausgerichtet, einige ihrer Mitgliedsparteien (so die United Kingdom Independence Party, UKIP) fordern sogar den Austritt ihres Landes aus der EU. Die Konfliktlinie stellt sich hier als pro-/anti-europäisch dar. Die UEN, politisch national-konservativ positioniert, thematisiert beide Konfliktdimensionen.

Die transnationale Bewegung der Newropeans, die sich eine Demokratisierung der EU auf die Fahnen geschrieben hat, und die Bewegung *Libertas*, die sich vehement gegen den Vertrag von Lissabon ausspricht, treten bewusst mit einer europäischen Bezugnahme an. Während *Libertas* als nationale Bewegung aus der Kritik am Vertrag von Lissabon im Vorfeld des irischen Referendums entstand, existieren die Newropeans ausschließlich auf europäischer Ebene. Bei beiden Vereinigungen stehen Fragen zur Ausgestaltung des institutionellen Systems der EU im Vordergrund, Sachthemen spielen eine geringere Rolle.

Blickt man auf die Wahlprogramme und -strategien der einzelnen Parteien, dürfte der Wahlkampf „europäischer“ werden als der Wahlkampf des Jahres 2004. Trotz teilweise gravierender Differenzen zwischen den nationalen Mitgliedsparteien bemühen sich vor allem die größeren Parteien und Fraktionen sowie die Newropeans und Libertas um eine europaweite Kampagne.

Europäischer Wahlkampf?

Besonders in Staaten, in denen aktuell europäische Themen in den Vordergrund drängen, wie in Irland nach dem Votum gegen den Vertrag von Lissabon, könnte die Europawahl tatsächlich eine Wahl über Europa werden. Auch in der Tschechischen Republik scheint dies angesichts der Übernahme der Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 möglich – das Land wird aktuell mit Blick auf die Debatte zur Ratifizierung des Vertrags von Lissabon von einer starken öffentlichen Debatte zur Europäischen Union bestimmt.

In den größeren Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben sich die Chancen eines „europäischen“ Wahlkampfes zwar verbessert, sind aber weiterhin nicht sehr hoch. In Frankreich könnte die Wahl zu einem ersten Test für die neue Führung der Sozialistischen Partei werden und in Großbritannien zu einer Abstimmung über Premierminister Gordon Brown, der nach Meinung vieler Beobachter während der letzten Monate Terrain zurückgewinnen konnte. Obwohl SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier die Wahlkampfphase für die Bundestagswahl erst im Juni einläuten möchte und es auch in der Union entsprechende Überlegungen gibt, ist das Risiko in Deutschland hoch, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament zu einem Test für die Bundestagswahl im September 2009 werden.

Die Bürger erwarten laut der Eurobarometer-Umfrage, dass sich die Wahlkampagnen primär auf wirtschaftliche Probleme richten. In ihren jüngsten Wahlprogrammen haben die Parteien auf diese Interessenlage reagiert: Pläne zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise nehmen bei den jüngst vorgestellten Programmen und Resolutionen von Sozialdemokraten, Grünen und Linken erwartungsgemäß breiten Raum ein. Die schnelle Reaktion des Vorsitzenden der Fraktion EVP-ED, Joseph Daul, der in einer Pressemitteilung das sozialdemokratische Programm als „dream with no plan“ bezeichnete, lässt auch bei dieser Fraktion einen wirtschaftspolitischen Schwerpunkt erwarten.

Werden die Erwartungen der Bürger aufgegriffen?

Gerade die rechts-konservativen und extremen Fraktionen verfolgen mit ihren Kampagnen nicht das Ziel, die gesamte Breite der Wählerschaft anzusprechen, sondern versuchen, bestimmte Wählergruppen und Protestwähler zu mobilisieren. Als Alternative dazu positionieren sich sowohl die Newropeans als auch Libertas, die diejenigen Wähler anzusprechen, die eine Veränderung des politischen Systems der EU anstreben, ohne extreme Positionen zu vertreten. Vor dem Hintergrund der Eurobarometer-Ergebnisse, wonach sich immerhin 12-15 Prozent der Befragten verschiedene Themen mit klarem Bezug zur EU wünschen, könnte diese Strategie mit Blick auf die Kritik am „EU-Demokratiedefizit“ durchaus einige Wähler ansprechen.

Achillesferse Öffentlichkeit

Alles in allem stehen die Chancen gerade im Vergleich zu früheren Europawahlen nicht schlecht, dass die europäische Dimension an Bedeutung gewinnt. EVP, SPE, EPG und EL setzen alle auf eine verstärkte Koordinierung der Kampagnen ihrer

nationalen Mitgliedsparteien, die Europäische Volkspartei wird mit einem eigenen Spitzenkandidaten für die Wahl antreten, möglicherweise entscheidet sich auch die SPE noch zu diesem Schritt. Dass bei der Wahl 2009 „normale“ politische Inhalte von einer Mehrheit der Wähler gewünscht und von den Parteien und Fraktionen teilweise auch angeboten werden, kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass an das politische System der EU ähnliche Erwartungen gerichtet werden wie an nationale politische Systeme. Allerdings sollte das Protestpotenzial gegen die EU an sich und damit die Konfliktdimension pro-/anti-europäisch nicht unterschätzt werden.

Grundsätzlich kann auch für die kommende Wahl keine allzu hohe Wahlbeteiligung erwartet werden. Die europäischen Parteien sind nach wie vor schwach, das Europäische Parlament an sich wird nur unzureichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Zudem werden die Medien die Kampagnen der verschiedenen Parteien, Fraktionen und Bewegungen wohl eher aus dem nationalen als aus dem europäischen Blickwinkel analysieren und vermitteln.

Das Europäische Parlament selbst arbeitet derzeit an Reformvorschlägen, mit denen die Europawahl stärker europäisiert werden soll. Die Idee, ab der Wahl im Jahr 2014 europaweite Kandidatenlisten zusätzlich zu nationalen Listen aufzustellen, weist dabei in die richtige Richtung. Tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft, wird zudem künftig der Präsident der Kommission direkt vom Europäischen Parlament gewählt. Dies geschieht zwar auf Vorschlag des Europäischen Rats unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Europawahlen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass sich die Staats- und Regierungschefs über einen über die Wahlen legitimierten Spitzenkandidaten hinwegsetzen. Darüber hinaus werden die Kompetenzen des Parlaments nochmals ausgeweitet, sodass eine zunehmende Politisierung der Debatten im Parlament zu erwarten ist. Dies könnte das Interesse der Wähler deutlich steigern, da die Stimme der Unionsbürger künftig sowohl mit Blick auf die Besetzung der „EU-Regierung“ als auch hinsichtlich einzelner Politik-inhalte noch mehr Einfluss erhalten wird als bislang.

Diese Wirkung kann jedoch nur entfaltet werden, wenn die Bürger ausreichend über die Folgen ihres Votums informiert werden. Jenseits der nötigen strukturellen Reformen, die Anreize für eine höhere Wahlbeteiligung schaffen können, liegt es daher an den einzelnen Kandidaten, Parteien und Fraktionen, ihre Rolle in der Öffentlichkeit stärker bekannt zu machen. Der Wahlkampf zur Europawahl 2009 bietet aufgrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit dafür eine ideale Gelegenheit.

C·A·P

Centrum für angewandte
Politikforschung
© 2008

Maria-Theresia-Str. 21
81675 München
Telefon 089 · 2180 1300
Telefax 089 · 2180 1329
E-Mail redaktion@cap-lmu.de
www.cap-lmu.de